1. NACHTRAG ZUM STÄDTEBAULICHEN VERTRAG vom 29.03.2023

gemäß § 11 Baugesetzbuch in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634),
zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)

**Zwischen der Stadt Usedom,
vertreten durch den Bürgermeister Herrn Olaf Hagemann und der
1. stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Grit Kaspereit**

- nachfolgend „Vorhabenträger“ genannt -

**und BGB-Grundstücksgesellschaft
BV 903, Usedom, Bäderstr. 3
45699 Herten
Hohewardstr. 345-349**

**vertreten durch die ALDI-Immobilienverwaltung
GmbH & CO. KG
45699 Herten
Hohewardstr. 345-349**

- nachfolgend „Vorhabenbeteiligter“ genannt -

§ 1 Präambel

Zwischen dem Vorhabenträger und dem Vorhabenbeteiligten wird ein Städtebaulicher Vertrag über die Erneuerung des Regenwasserkanals „Töpferweg/ Goethestraße“ in der Stadt Usedom geschlossen. Wie in der Präambel des Städtebaulichen Vertrages ausgeführt, besitzt der Vorhabenbeteiligte ein Interesse an der Erneuerung des Regenwasserkanals „Töpferweg/ Goethestraße“ zur Erlangung einer Baugenehmigung für den Neubau eines größeren ALDI-Marktes am Standort. Hierfür ist wiederum u.a. eine Einleitgenehmigung für das anfallende Regenwasser erforderlich.

Dies vorausgeschickt, treffen die Parteien zur Ergänzung und Klarstellung des Städtebaulichen Vertrages folgende Regelung:

§ 2 Rücktrittsrechte

Der Vorhabenbeteiligte ist berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorhabenträger, der Stadt Usedom, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn die Baugenehmigung für den Neubau des erweiterten ALDI-Marktes an dem bisherigen Standort und die Einleitgenehmigung für das anfallende Regenwasser nicht bis zum 30.06.2025 erteilt sind oder abgelehnt oder nur unter Auflagen oder sonstigen Einschränkungen beschieden werden, die dazu führen, dass die Planungsvorstellungen

des Vorhabenbeteiligten nicht erfüllt werden können. Zur Klarstellung: das Rücktrittsrecht besteht bereits, wenn eine der beiden Genehmigungen nicht fristgerecht erteilt wird.

Das Rücktrittsrecht erlischt, wenn der Vorhabenbeteiligte auf es verzichtet oder wenn es nicht spätestens bis zum 30.06.2025 ausgeübt wird.

Im Fall des Rücktritts sind wechselseitige Ansprüche der Parteien ausgeschlossen. Sollte der Vorhabenbeteiligte den Kostenbeteiligungsbetrag bereits geleistet haben, so ist dieser jedoch von der Stadt Usedom an den Vorhabenbeteiligten zurückzuerstatten.

§ 3 Compliance

(1) Der Vorhabenträger bestätigt, dass seine geschäftliche Tätigkeit in Übereinstimmung mit den für ihn geltenden rechtlichen, insbesondere gesetzlichen Vorschriften sowie den mit ALDI getroffenen vertraglichen Vereinbarungen steht. Er bestätigt ferner, dass er in seinem Unternehmen ausreichende organisatorische Maßnahmen ergriffen hat, um die Einhaltung der in vorstehendem Satz 1 beschriebenen Anforderungen jederzeit sicherzustellen.

(3) Es ist dem Vorhabenträger strikt untersagt, einem Mitarbeiter von ALDI Nord oder einer anderen Gesellschaft der Unternehmensgruppe ALDI Nord oder einem von ALDI Nord oder einer anderen Gesellschaft der Unternehmensgruppe ALDI Nord Beauftragten einen Vorteil für diesen oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür anzubieten, zu versprechen oder zu gewährleisten, dass er dem Vorhabenträger oder einen anderen Dritten bei dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen in unlauterer Weise bevorzugt, oder einen Vorteil für diesen oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür anzubieten, zu versprechen oder zu gewähren, dass er bei dem Bezug von Waren oder Dienstleistungen eine Handlung vornimmt oder unterlässt und dadurch seine Pflichten gegenüber ALDI verletzt. Handelt der Vorhabenträger diesem Verbot zuwider, kann ALDI den städtebaulichen Vertrag und sämtliche Einzelverträge mit sofortiger Wirkung kündigen.

§ 4 Sozialstandards

Es gilt der als Anlage 1 beigefügte Verhaltenskodex für die Beachtung von Sozialstandards bei der Erbringung von Bau-, Werk- und Dienstleistungen im Auftrag von ALDI Nord.

§ 5 Schlussbestimmungen

(1)

Soweit in diesem 1. Nachtrag keine abweichenden Regelungen getroffen werden, gelten die Regelungen des Städtebaulichen Vertrag unverändert weiter.

(2)

Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen oder dieses Nachtrags berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.

(3)

Änderungen und Ergänzungen des Städtebaulichen Vertrages und dieses Nachtrags, die den Inhalt dieses Vertrags - einschließlich dieser Regelung - berühren, bedürfen der Schriftform.

(4)

Die erstunterzeichnende Partei hält sich für die Dauer von 6 Wochen ab Unterzeichnung an ihr Vertragsangebot gebunden. Für die Rechtzeitigkeit der Annahme ist das Datum der Unterschrift der letztunterzeichnenden Partei maßgebend. Auf die Rechtzeitigkeit des Zugangs wird verzichtet.

Für die Stadt Usedom als
Vorhabenträger

Für den Vorhabenbeteiligten:

Usedom, den

....., den

.....
Der Bürgermeister

.....
1. stellv. Bürgermeisterin